

Gedenken per Livestream
Initiativen sorgen dafür, dass der rassistische Anschlag von Hanau und seine Opfer nicht in Vergessenheit geraten.
Seiten 2 und 8

Krisenfeste Sozialisten
Die Berliner Linkspartei will als Lehre aus der Coronakrise die öffentliche Daseinsvorsorge und die soziale Infrastruktur stärken.
Seiten 9 und 10

Mozarts Klassenstandpunkt
In den letzten 100 Jahren entwickelten sich die Salzburger Festspiele von Glitzerklassik zu experimenteller Avantgarde.
Seite 13

Nr. 197

Montag, 24. August 2020

75. Jahrgang

Preis: 2,00 €

STANDPUNKT

Halbherzige Krisenpolitik

Aert van Riel zu den Überlegungen über das Kurzarbeitergeld

Die Bundesregierung ist lediglich eine Verwalterin der gegenwärtigen Krise. Mit ihren Hilfsmaßnahmen erkaufte sie sich etwas Zeit, statt mit allen Mitteln gegenzusteuern. So wird das Arbeitslosengeld I ein paar Monate länger ausgezahlt und die Regelungen zum Kurzarbeitergeld stehen ebenfalls vor einer Verlängerung – wenn es nach der SPD geht. Zwar haben bereits Hunderttausende infolge der Coronakrise ihren Job verloren, doch ohne das reformierte Kurzarbeitergeld wären es noch viel mehr. Und das Arbeitslosengeld I hilft den Betroffenen wenigstens für eine Übergangszeit, bevor Hartz IV droht. Aber das alles kostet viel Geld – und die Bundesregierung hat es bislang versäumt, für eine vernünftige Gegenfinanzierung zu sorgen. Die Krisenkosten könnten zumindest teilweise problemlos durch Steuererhöhungen für Vermögende und Spitzenverdiener finanziert werden. Doch die SPD scheut sich, dieses Thema offensiv in der Bundesregierung anzusprechen. Sie will offensichtlich die gemeinsame Koalition mit der Union, aus deren Sicht höhere Steuern sozialistisches Teufelszeug sind, ohne große Konflikte zu Ende bringen und hofft auf bessere Zeiten nach der Bundestagswahl im kommenden Jahr. Diese Haltung wird der SPD bei den Wählern, die auf eine Linkswende der Partei setzen, keine Sympathien bringen.

Die Hoffnung darauf, dass die Konjunktur bald wieder anzieht, könnte sich als trügerisch erweisen. Denn weltweit sind immer mehr Menschen mit dem Coronavirus infiziert. Es wird noch lange dauern, bis wieder Normalität einkehrt. In dieser Zeit brauchen die Bundesrepublik und andere Länder krisenfeste Sozialsysteme, um ihre Bürger vor den Folgen zu bewahren. Wenn die Regierenden nicht entsprechend handeln, werden sich diejenigen gegen sie wenden, denen der soziale Abstieg droht.

UNTEN LINKS

Dank des Kampfes gegen »rassistische Kackscheiße« wird die **Mohrenstraße** in Berlin endlich umbenannt. Ab jenem Tag wird Berlin, wird Deutschland ein Stück besser sein. Die Straße wird nach Anton Wilhelm Amo benannt, dem ersten deutschen Philosophen schwarzer Hautfarbe. Doch wie häufig in solch historischen Momenten verschwimmt in den Freudentränen ein wenig der Blick fürs Detail. Der Anfang des 18. Jahrhunderts nach Europa geratene – ob als Sklavenjunge oder von seiner Familie geschickt, wird gerade diskutiert – war »Kammermohr« und damit wohl eines jener Kinder, das sich Fürsten gern zur eigenen und ihrer Gäste Unterhaltung hielten. Weil Gönner ihre mächtige Hand über ihn hielten, wurde Amo Gelehrter, und seine erste Arbeit »Über die Rechtsstellung der Mohren in Europa« könnte womöglich Auskunft noch über das heutige Europa geben, wäre sie nicht so hoffnungslos veraltet. Amos Aufstieg endete in üblem Schmach, als er eine weiße Frau heiraten wollte. Die Mohrenstraße bleibt also, was sie ist. Zeichen für Schimpf und Schande. Nur dass es bald niemand mehr bemerken wird. *uka*

Zehntausende protestieren in Minsk

Wieder Kundgebung gegen Wahlbetrug und Polizeigewalt in Belarus. Armee in Alarmbereitschaft



Die Unzufriedenheit mit den politischen Verhältnissen und die Dialogunwilligkeit der Regierung treiben viele Menschen in Belarus weiter auf die Straße.

Minsk. Zwei Wochen nach der umstrittenen Präsidentschaftswahl in Belarus erlebte Minsk am Sonntag einen neuen Höhepunkt der Proteste gegen Staatschef Alexander Lukaschenko. Zehntausende versammelten sich zu einer nicht genehmigten Kundgebung auf dem Unabhängigkeitsplatz. Viele der Demonstranten schwenkten dabei weiß-rot-weiße Fahnen. Die historische Flagge des bürgerlichen Weißrussland ist ein zentrales Symbol der heutigen Opposition gegen den seit 26 Jahren regierenden Lukaschenko.

Zuvor hatten die Behörden vor einer Teilnahme an »illegalen Demonstrationen« gewarnt. Bei vorhergehenden Protesten war

die Polizei mit großer Härte vorgegangen und hatte Tausende Regierungsgegner verhaftet.

Am Samstag hatte Lukaschenko demonstrativ eine Militärbasis in Grodno nahe der Grenze zu Polen besucht. Dabei erneuerte er seinen Vorwurf, dass die Proteste »von außen« gesteuert seien. Nato-Truppen in Polen und Litauen seien entlang der Grenze zu Belarus »ernsthaft in Bewegung«. Er habe deshalb die Armee seines Landes in Alarmzustand versetzt, erklärte der Präsident. Lukaschenkos Aussagen über angebliche Truppenbewegungen wurden von der Nato als »haltlos« zurückgewiesen. Die Regierung in

Warschau sprach von »Regime-Propaganda«. Für den Sonntagabend war in Litauen eine Menschenkette von der Hauptstadt Vilnius bis zur belarussischen Grenze geplant. In Litauen hält sich auch die Oppositionskandidatin bei der Präsidentschaftswahl vom 9. August, Swetlana Tichanowskaja, auf. Laut dem offiziellen Wahlergebnis hatte sie nur 10, Staatschef Lukaschenko hingegen 80 Prozent der Stimmen erhalten.

Erneut als Vermittler angeboten hat sich die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE). Darin ist neben den EU-Staaten und Belarus auch Russland vertreten. Der russische Außenminister

Sergej Lawrow bezeichnete den Konflikt am Sonntag in Moskau laut Tass als »interne Angelegenheit von Belarus«. Er sieht »klare Anzeichen« dafür, dass sich in Belarus »die Situation normalisiert«. Dieser Trend gefalle nicht allen, es gebe auch jene, »die Blutvergießen provozieren und ihn in das ukrainische Szenario verwandeln« wollten, warnte Lawrow. Das belarussische Volk werde »selbst entscheiden, wie diese Situation zu lösen ist«. Als »vielversprechend« bezeichnete Moskaus Spitzendiplomat Vorschläge für einen gesellschaftlichen Dialog über eine Verfassungsreform in Belarus. *Mit Agenturen* **Seite 3**

Heil will Kurzarbeitergeld verlängern

Bundesregierung diskutiert über Reaktionen auf die anhaltende Wirtschaftskrise

Die auch in Deutschland steigenden Fallzahlen belegen, dass die Coronakrise noch lange nicht überstanden ist. Als Reaktion darauf könnte die Bundesregierung ihre Hilfsmaßnahmen verlängern.

AERT VAN RIEL

Union und SPD wollen bei ihrem Koalitionsausschuss am Dienstag unter anderem über die Verlängerung der Höchstbezugsdauer des Kurzarbeitergeldes reden. Arbeitsminister Hubertus Heil will laut Medienberichten das Kurzarbeitergeld bis März 2022 verlängern. Der SPD-Politiker kündigte in der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« an, seinen Koalitionspartnern ein entsprechendes Gesetzespaket vorzuschlagen.

Nach dem Vorschlag des Arbeitsministeriums sollen den Unternehmern die Sozialversicherungsbeiträge für Kurzarbeiter bis März 2021 vollständig erstattet werden, ab April 2021 zu 50 Prozent. Der Staat soll zudem die Sozialversicherungsbeiträge bis März 2022 komplett übernehmen, wenn Unternehmen die Kurzarbeiter weiterbilden. Hierfür wäre ein Milliardenbetrag notwendig.

Der Grünen-Abgeordnete Wolfgang Strengmann-Kuhn sprach sich für eine stär-

kere Verknüpfung von Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit mit Weiterbildung aus. Er fordere einen Weiterbildungsbonus von 200 Euro zusätzlich zum Kurzarbeiter- oder Arbeitslosengeld.

Regulär beträgt das Kurzarbeitergeld 60 Prozent des ausgefallenen Nettolohns, für Berufstätige mit Kindern 67 Prozent. Die Bundesregierung hatte in der Coronakrise beschlossen, das Kurzarbeitergeld aufzustocken. Ab dem vierten Monat wird es auf 70

Das Robert-Koch-Institut meldete erstmals seit April wieder mehr als 2000 Neuinfektionen an einem Tag.

beziehungsweise 77 Prozent erhöht, ab dem siebten Monat auf 80 beziehungsweise 87 Prozent. Mit dem Instrument sollen Personalkosten gesenkt und Entlassungen vermieden werden. Trotz des Einbruchs der Wirtschaftsleistung ist die Arbeitslosenquote nur leicht angestiegen und liegt bei 6,3 Prozent.

Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) setzt sich laut dpa für eine Verlängerung der Überbrückungshilfen für den Mit-

stand bis Ende des Jahres ein. Gerade der Mittelstand und seine Beschäftigten bräuchten weiter Hilfe, um die schwierige Zeit zu überstehen. Wegen der steigenden Zahl von Neuinfektionen könnte ein zweiter Lockdown drohen. Am Samstag meldete das Robert-Koch-Institut erstmals seit April wieder mehr als 2000 Neuinfektionen an einem Tag. Die staatlichen Überbrückungshilfen laufen bisher bis Ende August. Die Antragsfrist war bis Ende September verlängert worden, also sind Zahlungen auch rückwirkend möglich. Für die Zuschüsse an die Firmen hat der Bund 25 Milliarden Euro eingeplant.

Um die Pandemie einzudämmen, wird auch über eine mögliche Maskenpflicht am Arbeitsplatz diskutiert. Der DGB kritisierte entsprechende Überlegungen von CDU-Chefin Annegret Kramp-Karrenbauer. Es könne nicht sein, dass mit einer »billigen Maskenlösung« Arbeitgeber und Länder aus der Pflicht entlassen würden, für wirksame Maßnahmen zu sorgen, sagte DGB-Vorstandsmitglied Anja Piel der dpa. Sie rief dazu auf, in Gebäude und Technik zu investieren. Dann müssten kleine, feste Gruppen gebildet oder Aufgaben im Mix zwischen Präsenz, Homeoffice und Home-schooling erledigt werden. *Mit Agenturen*

US-Abgeordnete für Stärkung der Post

Zunahme von Briefwahl erwartet

Washington. Das US-Repräsentantenhaus hat finanzielle Hilfen für die Post von 25 Milliarden Dollar bewilligt. Mit 257 zu 150 Stimmen billigte die Parlamentskammer am Samstag zudem ein Gesetz, mit dem Sparmaßnahmen bei der Post verhindert werden sollen. Hintergrund ist die erwartete Zunahme der Briefwahl bei der Präsidentschaftswahl im November. Das Gesetz wird nur im Falle einer Zustimmung des von den Republikanern dominierten Senats rechtskräftig. Dass es dort gebilligt wird, gilt als unwahrscheinlich.

Wegen der Corona-Pandemie könnten doppelt so viele Menschen ihre Stimme per Post abgeben wie 2016. Trump macht aber schon seit Monaten Stimmung gegen Briefwahl: Sie sei extrem betrugsanfällig, obwohl Experten entschieden widersprechen. Offenbar befürchtet der Republikaner, dass von einer Ausweitung der Briefwahl die Demokraten profitieren könnten.

Der demokratische Mehrheitsführer im Repräsentantenhaus, Steny Hoyer, widersprach den Vorwürfen der Republikaner. Es handele sich »nicht um ein parteiisches Gesetz«, betonte er. »Es ist ein Gesetz für die amerikanische Demokratie.« *AFP/nd*